

Qualität ist nicht umsonst! Die Demonstration des Staatspersonals vom 10. September 2015

Über 1500 Mitarbeitende des Kantons Basel-Landschaft und zahlreiche Sympathisantinnen und Sympathisanten aus den Parteien SP, Grüne und JUSO, unterstützt von einer lebhaften und lautstarken Schar Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, demonstrierten am Donnerstag, dem 10. September, im Anschluss an die Landratssitzung vor dem Liestaler Regierungsgebäude gegen das neuste Abbau- und Sparpaket, welches die Baselbieter Regierung im Juli unter dem Titel «Finanzstrategie 2016-19» veröffentlicht hatte.

Die Stimmung unter den Demonstrierenden, die das Stedtli vom Regierungsgebäude bis weit hinauf in die Rathausgasse füllten, war angespannt, denn Anlass der Protestkundgebung war bekanntlich das bereits dritte Sparpaket, das die Regierung ihrem Personal innerhalb von etwas mehr als zehn Jahren auferlegen will. Neben einer linearen Lohnreduktion von 1% ab 2016 und diversen einschneidenden Massnahmen auch im Bildungsbereich sieht es die Streichung von gegen 400 Stellen vor.

Die in der Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände (ABP) zusammengeschlossenen Berufsverbände und Gewerkschaften LVB, VSG (Staats- und Gemeindepersonal), PVPBL (Polizei) und vpod (öffentlicher Dienst) hatten die Kundgebung organisiert. Ihre Rednerinnen und Redner gingen mit den neuerlichen Sparplänen der Regierung scharf ins Gericht. Die vollständige Ansprache von LVB-Präsident Roger von Wartburg ist auf der Seite 8 abgedruckt.

Sven Opplicher, Präsident des Polizeiverbandes, hob hervor: «Vor wenigen Jahren bewilligte der Landrat 15 zusätzliche Stellen, die schwergewichtig und mit messbarem Erfolg in den Bereichen Einbruchprävention und Verkehrsinstruktion eingesetzt wurden, und jetzt droht ein Abbau von rund 50 Stellen – das ergibt keinen Sinn», rechnete er der Zuhörerschaft vor. Er forderte die Regierung auf, der Bevölkerung konkret aufzuzeigen, welchen Leistungsabbau die geplante Bestandesreduktion haben werde. Dabei war für ihn ganz klar: «Dieser Stellenabbau wird eine deutlich wahrnehmbare Reduktion der Sicherheit in unserem Kanton bewirken!»

Corinne Saner, Geschäftsleitungsmitglied des Zentralverbandes des öffentlichen Personals, legte im Namen des VSG ihren Finger auf die in den letzten Jahren bereits vollzogenen Spar- und Abbaumassnahmen beim Kantonspersonal. Ihre Schlussfolgerung: Die Löhne und Arbeitsbedingungen im Kanton Baselland ertragen keine weiteren Verschlechterungen mehr, sonst drohen eine Abwanderung von Mitarbeitenden und damit einhergehend markante Schwierigkeiten

keiten bei der Personalrekrutierung. «Ein Arbeitgeber, der dies zulässt, spielt mit dem Feuer», so Corinne Saner, «denn man erzielt zwar sehr schnell Einsparungen, aber der Reputationsschaden, den man sich damit einhandelt, ist nur schwer wieder wettzumachen.»

Ein weiteres Thema stand im Mittelpunkt der Rede von Regula Meschberger vom vpod. «Wir alle wissen, dass der Kanton sich in einer finanziellen Schieflage befindet, weil er in verschiedener Hinsicht über seine Verhältnisse gelebt, zu viel Geld in riesige Strassenprojekte verlocht und mit einer ebenso teuren wie erfolglosen Wirtschaftsoffensive versucht hat, neue Firmen in den Kanton zu holen. Wir wissen aber auch, wer für diese Politik nicht verantwortlich ist und wer in diesem Kanton nicht über seine Verhältnisse lebt: Es sind alle jene, die für ihren Arbeits- oder Schulweg auf einen funktionierenden öffentlichen Verkehr angewiesen sind, es sind die Menschen mit kleinem Einkommen, die auf Prämienverbilligungen angewiesen sind und es sind vor allem auch die Mitarbeitenden dieses Kantons!» Ihre Schlussfolgerung: Ohne gezielte, allenfalls befristete Erhöhungen für all jene, die in den letzten Jahren von Steuersenkungen profitiert hätten, sei dieses Sparpaket inakzeptabel. Und wurde dann noch deutlicher: «Ohne ein Minimum an Opfersymmetrie sehe ich den sozialen Frieden in diesem Kanton in Gefahr!»

Neben den genannten Rednerinnen und Rednern der Personalverbände richteten sich auch Maurice Koller, Gymnasiast aus Münchenstein und Mitinitiant der Petition «Bildung wahren statt sparen», sowie Ernst Schürch, Präsident der Amtlichen Kantonalkonferenz der Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer (AKK), an die Demonstrierenden. Während Ernst Schürch die fehlende Wertschätzung dem Personal gegenüber in den Fokus rückte, zählte Maurice Koller auf, welche Leistungen, ginge es nach dem Willen der Regierung, die Schulen wohl bald nicht mehr erbringen könnten: Neben dem gefährdeten kostenlosen Instrumentalunterricht an den Gymnasien und Fachmaturitätsschulen erwähnte er auch das fehlende Geld für die Aufstockung von in Teilzeit angestellten Lehrkräften, welche Lagerwochen



organisieren und begleiten. So werde es wohl bald keine Lager mehr geben, befürchtete Koller.

Zum Schluss verabschiedeten die Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die den Rednerinnen und Rednern immer wieder lautstark applaudiert hatten, eine Resolution mit den drei zentralen Forderungen des Personals: keine Lohnkürzung, kein Personal- und Qualitätsabbau im öffentlichen Dienst (und dabei vor allem in den Bereichen Bildung und Sicherheit) und keine Sanierung der Kantonsfinanzen ohne Massnahmen auf der Einnahmenseite.



Die Ansprache von LVB-Präsident Roger von Wartburg im Wortlaut:



FRANTISEK MATOUŠ

«Wir Lehrerinnen und Lehrer der Kindergärten, der Primarschulen, der Sekundarschulen, der Berufsschulen, der KV-Schulen, der Musikschulen und der Gymnasien setzen uns entschieden dagegen zur Wehr, von der Politik immer wieder als Kostentreiber bezeichnet zu werden. Das hat einen ganz einfachen Grund: Es ist nicht wahr!»

Der Kontrast zwischen dem Wort «Kostentreiber» und dem Schulalltag vieler Lehrpersonen könnte nämlich grösser nicht sein: Etliche von uns arbeiten in diesem Kanton an Schulen mit vollkommen veralteter Infrastruktur. Wir reden dabei von Schulhäusern ohne Isolation, in denen es im Sommer über 30 Grad heiss ist, während man im Winter die Jacke an behalten muss. Wir reden von Mobiliar aus den 70er Jahren und davon, dass viele von uns gratis ihre eigenen Computer und Bildschirme in die Schulzimmer tragen, weil es an IT-Ausrüstung vor Ort fehlt. Die zahlreichen hier anwesenden Gymnasiastinnen und Gymnasiasten können aus eigener Erfahrung bestätigen, dass es wahr ist, was ich sage.

Viele von uns Lehrerinnen und Lehrern engagieren sich für ihre Schülerinnen und Schüler in einem Mass, das über die vorhandenen Ressourcen hinausgeht. Zahlreiche Chor-, Musical- und Theateraufführungen, Lager, Exkursionen, Schulfeste und Projektwochen könnten schon längst nicht mehr stattfinden, wenn Lehrerinnen und Lehrer konsequent keine unbezahlte Arbeit leisten würden. Das ist die Realität und nicht die behauptete Kostentreiberei!

In Tat und Wahrheit existiert die Gute Schule Baselland schon lange nur noch deshalb, weil wir Lehrerinnen und Lehrer unter immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen nach wie vor einen guten Job machen und das auch in Zukunft weiter machen wollen. Und dies trotz immer höher werdenden Erwartungen der Gesellschaft, trotz immer länger werdenden Pflichtenheften, trotz immer mehr Administration und trotz immer schlechter werdenden Anstellungsbedingungen inklusive einem seit 15 Jahren anhaltenden Reallohnverlust! Wo ist hier die Kostentreiberei?

Und was passiert jetzt? Ausgerechnet wir werden von der Politik verantwortlich gemacht für steigende Kosten im Bildungsbereich. Das müssen wir uns nicht bieten lassen! Es ist an der Zeit, es heute ganz deutlich zu sagen: Bei uns und bei unseren Schülerinnen und Schülern kommen die Mehrausgaben im Bildungsbereich nicht an!

Es ist wahr, dass es Kostenentwicklungen im Bildungswesen gibt. Wenn man die Zahlen genau ansieht, dann kann man sie auch zuordnen. Es betrifft die Universität, die Fachhochschule und den neu geregelten Bereich Sonderpädagogik. Doch diese Mehrausgaben hat man über Staatsverträge und Konkordate geregelt und teilweise auch durch Volksabstimmungen bestätigt. Offenbar entsprechen diese zusätzlichen Aufwendungen also dem politischen Willen.

Was macht nun aber die Regierung, und zwar zum wiederholten Male? Sie will diese Mehrkosten grösstenteils an den Volksschulen, Berufsschulen und Gymnasien einsparen – obwohl diese in ihren Kernbereichen für die Kostensteigerung im Bildungswesen schlicht nicht verantwortlich sind! Das wäre in etwa dasselbe, wie wenn ich zu meiner Coiffeuse ginge und ihr sagen würde, sie müsse in Zukunft schneller, schöner und preisgünstiger meine Haare schneiden – mit der Begründung, dass meine Zahnrätselrechnungen höher seien! So geht es nicht!

Der LVB ist nicht grundsätzlich dagegen, gewisse Angebote im Bildungsbereich einer seriösen Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen. Entsprechende Vorschläge haben wir bereits vor Monaten bei der Regierung deponiert. In der Finanzstrategie vom 8. Juli aber findet sich davon rein gar nichts! Lieber spart man einfach wieder pauschal und linear auf dem Buckel des Personals – wahrscheinlich deshalb, weil das politisch leichter durchsetzbar scheint.

Aus den genannten Gründen sagt der LVB klar Nein zu dieser Finanzstrategie. Wir rufen die Lehrerinnen und Lehrer im Kanton dazu auf, zusammenzustehen und die Reihen zu schliessen. Und wer das bis jetzt noch nicht gemacht hat, soll sich unserem Berufsverband anschliessen.

Abschliessend ein Gedanke zum Sprachgebrauch: Jedes Mal, wenn im Baselbiet irgendwo ein Verkehrskreisel saniert wird, spricht man von einer *Investition*. In der Bildung aber spricht man ständig von Kostentreiberei und Kostenexplosionen. Der LVB sagt: Es gibt wohl kaum eine grössere Investition in die Zukunft von uns allen, als die Arbeit mit unseren Kindern und Jugendlichen. Der LVB-Slogan zur heutigen Veranstaltung bringt es in diesem Zusammenhang auf den Punkt: Qualität ist nicht umsonst!»



FRANTISEK MATOUS